

Diskussion

Sind Namen Schall und Rauch?

Zur Frage der Fachbezeichnung der Politikdidaktik in Bayern

von Andreas Brunold



Prof. Dr. Andreas Brunold, Professor für Didaktik der Sozialkunde an der Universität Augsburg

Fachdidaktische Bezeichnungen haben über ihre symbolische Bedeutung hinaus die Funktion, den profilbildenden Anspruch eines Faches und seines wissenschaftlichen Selbstverständnisses darzustellen. Dies ist im Falle der politischen Bildung bzw. der Politikdidaktik nicht anders, vereint sie doch u.a. Inhalte der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Ökonomie, der Erziehungswissenschaft sowie die anderer Bezugsdisziplinen. Ein vorwiegend pädagogischer Zugriff auf die politische Bildung, wie er z.B. durch den Begriff der „Didaktik der Sozialkunde“ in Bayern ausgedrückt wird, beschreibt dagegen eher unzureichend und missverständlich die Aufgaben, die das Fach hinsichtlich der in den Prüfungsordnungen und Lehrplänen verankerten politischen und sozialwissenschaftlichen Sachverhalte durchdringen muss. Zu diesen gehört in erster Linie die Domäne der Politikwissenschaft, die sowohl in normativer wie auch in empirischer Hinsicht ihr fachdisziplinäres Fundament darstellt. Das Politische

lässt sich somit nicht im Sinne einer Kunde vermitteln, sondern muss als „Politische Bildung“ bzw. als „Politikdidaktik“ dem Anspruch einer wissenschaftlichen Disziplin entsprechen. Demgegenüber verkürzt der Begriff „Didaktik der Sozialkunde“ das Fach v.a. auf soziales, moralisches sowie ethisches Lernen und kann bei Studierenden sogar zu falschen Fachkonzepten und Fehldeutungen in Bezug auf politische und gesellschaftliche Zusammenhänge führen.

In den meisten Bundesländern sind unterschiedliche Fachbezeichnungen üblich, die sich nahezu ohne Ausnahme stärker an der Begrifflichkeit des Politischen und dem Terminus der Sozialwissenschaften orientieren. Auch die Bezeichnungen des Schulfaches variieren erheblich, was letztlich auf eine Unentschiedenheit der KMK im Jahr 1950 zurückzuführen ist, wobei das Spektrum der Bezeichnungen von Gemeinschaftskunde, Bürgerkunde, Gegenwartskunde bis hin zu Politik reicht.

Da der Horizont einer Wissenschaft breiter zu fassen ist als das thematisch enger fokussierende Schulfach, steht es außer Frage, dass sich die Lehrerbildung an normativ-empirisch ausgerichteten Domänen orientieren muss. Wollte man die Denominationen fachdidaktischer Disziplinen an die z.T. überholten Bezeichnungen des Schulfaches im Sinne einer „Kunde“ koppeln, so hieße das in der Konsequenz, die wissenschaftliche Lehrerbildung auf das Niveau von Lehrerausbildungsseminaren herabzustufen. Umgekehrt wäre zu fordern, dass sich die Bezeichnungen der Schulfächer stärker an die Entwicklung der Fachdisziplin anzupassen hätten. So hat die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) in ihrem Entwurf zu den Anforderungen an nationale Bildungsstandards dafür plädiert, das Unterrichtsfach in den Sekundarstufen bundeseinheitlich als „Politische Bildung“ zu bezeichnen. Dies verdeutlicht, dass die Schule einen fachlichen Beitrag zur De-

mokratiefähigkeit und zur Entwicklung politischer Mündigkeit leisten muss. Demgegenüber sind mit dem anachronistisch anmutenden Begriff der „Didaktik der Sozialkunde“ Konnotationen im Sinne eines weitgehend gesicherten sowie nicht weiter hinterfragbaren Schulwissens verbunden, die hinter dem jeweiligen Stand des politikdidaktischen Diskurses zurückbleiben müssen und daher der Zielperspektive der politischen Mündigkeit nur schwer Rechnung tragen können. Darüber hinaus kann die tendenzielle Eingrenzung auf den sozialen Nahraum sowie auf das Schulleben leicht falsche Zielvorstellungen politischer Bildung im Sinne sozialpädagogischer Lebenshilfe und verkürzte Vorstellungen über die politische Bildung bzw. den Politikunterricht nach dem demokratiepädagogischen Modell erzeugen.

Somit wird verständlich, dass eine im Zuge der Modularisierung der Lehrerbildung in Bayern notwendige Umbenennung der Fachbezeichnung „Didaktik der Sozialkunde“ in „Politische Bildung und Politikdidaktik“ gerechtfertigt und auch überfällig ist. Innerhalb der „Doppelbegrifflichkeit“ würde der Begriff „Politische Bildung“ auf die Domäne der Politikwissenschaft hinweisen, ohne deren Wissenschaftsbegriff zu übernehmen. Hierbei käme der Bezug zur außerschulischen politischen Bildung zum Tragen, die auch erziehungswissenschaftliche Kontexte einschließt. Der Begriff der „Politikdidaktik“ weist – in Ergänzung zum Bildungsbegriff – auf den schulfachrelevanten Bezug hin. Der Begriff „Sozialkunde“ würde ersetzt durch die Begrifflichkeit der Politik, die als Formalobjekt deren verschiedene Perspektiven im engeren und weiteren Verständnis integriert. Dieses breite Forschungs- und Lehrprofil erfordert hohe Qualifikationen, die sowohl in fachwissenschaftlicher als auch fachdidaktischer und schulpraktischer Hinsicht im Grunde über die eines reinen Fachwissenschaftlers hinausgehen.